Morgen-Ausgabe B.

Leipziger Tageblatt und Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Bezugs-Preis
für Leipzig und Vororte: In der Haupt-Expedition oder deren Ausgabestellen abgeholt monatlich: Ausgabe A (1 mal täglich) 70 Pf., Ausgabe B (2 mal täglich) 80 Pf., bei Zustellung ins Haus Ausgabe A 80 Pf., Ausgabe B 1 Mark. Durch unsere auswärtigen Ausgabestellen und durch die Post bezogen (1 mal täglich) innerhalb Deutschlands monatlich 1 Mark ausschl. Bestellgebühren, für Oesterreich-Ungarn 5 K 45 h vierteljährlich, die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern **10 Pf.**

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8.
Telephon Nr. 153, Nr. 222, Nr. 1173.
Berliner Redaktions-Bureau: Berlin NW. 7, Prinz Louis Ferdinand-Straße 1.
Telephon I. Nr. 9275.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile für Geschäftsinserate aus Leipzig und Umgebung 25 Pf., Familien-, Vereins- und Versteigerungs-Anzeigen, Wohnungs- u. Stellen-Anzeigen, sowie An- und Verkäufe 20 Pf., finanzielle Anzeigen 30 Pf.,
für Inserate von auswärts 30 Pf. Reklamen 75 Pf., auswärts 1 Mark. Beilagegebühr 4 Mark p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Für Inserate vom Auslande besonderer Tarif.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Für das Erscheinen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Garantie übernommen. Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden.

Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10 (Tel. VI, 4603).
Filial-Expedition: Dresden, Marienstr. 34.

Nr. 81. **Freitag** 22. März 1907. **101. Jahrgang.**

Das Wichtigste vom Tage.

• **König Friedrich August** berührte auf seiner Rückreise nach Dresden am gestrigen Abend Leipzig. (S. Dpp. Ang.)

• **Am gestrigen Tage** ging auch das **preußische Abgeordnetenhaus** in die Osterferien. Es nimmt seine **Verhandlungen** am gleichen Tage wie der Reichstag, den **16. April**, wieder auf.

• Im **preußischen Herrenhaus** gab gestern Oberberghauptmann Beltzen Erklärungen über das Grubenunglück auf dem Mathildenschacht ab. (S. Dtsch. R.)

• Die **Juden-Verfolgungen** in **Rumänien** nehmen einen großen Umfang an. (S. Ausl. u. letzte Dep.)

• Der frühere **holländische** Minister **Sprenger van Eyk**, Generaldirektor der Staatsbahnen, ist gestorben.

• Der **Krieg in Mittelamerika** wird jetzt auch zu **Wasser** geführt. Englische und amerikanische **Kriegsschiffe** sind unterwegs. Die Nicaraguaner stehen vor der feindlichen **Hauptstadt**. (S. Ausl.)

• **Raisuli** hat sich dem **Prätendenten** angeschlossen. (S. Ausl.)

• Bei den gestrigen **Rennen in Liverpool** siegte in den Union Jack Stakes (24 000 ℳ) „Auber", im Liverpool Spring Cup (20 000 ℳ) „Bridge of Canny". (S. Sport.)

Zum Tode des Grafen Lambsdorff.

Als Fürst Gortschakow zum Berliner Kongreß kam, um die Wackerdienste Bismarcks in Anspruch zu nehmen, und hinterdrein ihm die Schuld zuschieben, daß die russischen Bäume nach dem Türkenkrieg nicht in den Himmel wuchsen, begleitete ihn ein junger Diplomat, Graf Wladimir Nikolajewitsch Lambsdorff. Seitdem war der junge Staatsmann bei allen Aktionen zugegen, welche Rußland mit den europäischen Staaten in Berührung brachten, und keinem Menschen war es zweifelhaft, daß Graf Wladimir Nikolajewitsch einmal eine allererste Rolle am Zarenhofe spielen werde. Die Lambsdorffs sind dort ja seit langen Jahrzehnten gut angeschrieben, und haben ihren Platz zu behaupten gewußt. Graf Matwej Iwanowitsch, der „Papa Lambsdorff", prügelte als Erzieher den nachmaligen Kaiser Nikolai I. nach der Schwerenot, und die Majestät entsann sich noch lange der Jagdhiebe, die mit Ladestöcken und Dingelsen von der Hand des Generals auf die Mitternachtseite des Großfürsten niedergesaust waren. Papa Lambsdorff erzog nach mittelalterlichen Grundsätzen, nach denen Prügel „gute Ingenia" machten. Aber diese schaudernde Erinnerung verhinderte nicht, daß General Lambsdorff den Grafentitel bekam, als sich sein Zögling mit Charlotte von Preußen verwählte.

Der Enkel dieses Großfürstenprüglers ist Graf Wladimir Nikolajewitsch, der Vertraute Alexanders II. in Livadia, der sich auch bei dem großen Renirement unter dem dritten Alexander seinen Platz an der Sonne zu sichern wußte. Man konnte schlechterdings den gewandten Diplomaten, der in Alexandrowo, Skiruiewice und Kremsier den Monarchenbegegnungen beigewohnt, der die Grundlinien der russischen Politik unter Gortschakow und Giers genau kennen gelernt hatte und das Doppelspiel auf der deutschen und der französischen Klaviatur gründlich beherrschte, nicht mehr wie einen gehaschten Springer vom glatten Schachbrett russischer Diplomatie schieben, und als der Bojar Murawiew, der größer im Studium von Mobejournalen als von diplomatischen Noten war, im Eisenbahnzuge einen ganz rätselhaften Tod fand, war es keine Ueberraschung, daß Graf Lambsdorff seinen Sessel einnahm.

Er war es, der die russischen Fäden in Belgrad und Sofia wieder ordnete und anknüpfte, die von Alexander III. mit rauhem Griff des Zornes abgerissen und verwirrt waren. Jahrelang durfte bekanntlich der Name Ferdinands von Koburg nicht vor den Ohren des Gatten der Löwenprinzessin genannt werden; und als Natalie Ketschko ihr russisches Spiel gegen Milan von Serbien verloren hatte, der junge Obrenowitsch in Wiesbaden von ihr getrennt wurde, und der trotz seiner Pariser Divertissements politisch sehr kluge Milan das Reich seines Sohnes in das österreichische Fahrwasser gesteuert hatte, war auch Serbien für Alexander III. ein Greuel. Diese verfahrenen Verhältnisse renkten Lobanow, Muravjew und Lambsdorff still und geräuschlos wieder ein. In Belgrad arbeitete ihm die höfische und intellektuelle Dekadenz des letzten Obrenowitsch in die Hände, hier brauchte der Rubel nicht einmal nachzuhelfen, und die Fata Morgana des Empfanges am Zarenhofe, die man von Zeit zu Zeit vor Draga Maschin aufflauchen ließ, besorgte das übrige. Ferdinand von Bulgarien ließ seinen Sohn trotz des feierlichen Versprechens, das er Marie Louise von Parma gegeben hatte, nach orthodoxem Ritus taufen und verdarb es damit so gründlich mit Franz Josef von Oesterreich, daß ihm nichts übrig blieb, als sich mit Haut und Haar dem Zaren auszuliefern. Erst heute hat sich der Koburger wieder in der Wiener Hofburg zeigen dürfen, und ob die Unruhen in seinem Lande nicht von russischen Agenten geschürt werden, weil er mit seinen österreichischen Anwandlungen gegen die Petersburger Intentionen verstieß, ist nicht unbedingt zu verneinen. Serbien und Bulgarien sind noch russischer Auffassung eben Vasallenstaaten, zwar nicht des Großtürken, wohl aber Oesterreichs und Rußlands, und da man trotz der Obrenowitsch-Schandwirtschaft und der Ränke gegen den Battenberger nicht beide Bissen hinunterwürgen durfte, so schaffte Graf Lambsdorff klare Verhältnisse. Er kam mit Nikolai II. nach Wiesbaden und Mürzsteg, und die Welt wußte, daß Serbien fortan zu Oesterreichs Bezirk gehöre, und Bulgarien im Schatten Rußlands wohne. Die Balkanpolitik schien damals auf lange Jahre hinaus in friedliche Bahnen gelenkt, und Graf Lambsdorff durfte den Dank Europas einheimsen. Nur schade, daß England seither dieses schöne Programm mit seinem Kommentar versehen hat. Heute schielt Bulgarien nach Wien und die Serben führen grimme Fehde um ihren Schweinehandel mit Oesterreich, in Rumänien schlägt man die Juden tot, in Sofia knallt man Minister nieder, die Komitatschi in Makedonien haben die Saison mit Sengen und Morden verheißungsvoll eröffnet — kurz, es ist, als ob gerade vor dem Tode Lambsdorffs der Balkan ihm noch schnell habe zeigen wollen, daß an den interessanten Völkern auf itsch und ow alle Kunst der Diplomaten vergeblich kuriere.

Der französischen Politik wußte Lambsdorff keine neue Note zu geben. Er fand hier die Wegemarken gesetzt, und die wichtigen finanziellen Abschlüsse besorgte Herr Sergei Juliewitsch Witte, der noch immer der schönen Marianne die nötigen Milliarden herauszumassieren verstand. Alles in allem, man hätte dem Grafen wohl prophezeien mögen, daß er in den Stiefeln sterben werde — wenn es in Rußland keine Großfürsten, keine Parteigenerale und Boudoirminister gäbe. Es ist das tragische Schicksal aller großen russischen Diplomaten gewesen, daß sie mit Westeuropa viel leichter fertig werden konnten als mit den nichtbeamteten Ratgebern und Ohrenbläsern, die den weißen Zaren noch immer in der Hand hatten, wenn es galt, das letzte Wort zu sprechen. Beging dann auf Grund dieser Einwirkungen der Zar einen politischen Fehler — nun, wozu war dann der Verantwortliche da, der Minister, der bezahlte Knecht, auf den der Gaspodin seine Wut loszischen lassen durfte? Das hat vor allem Graf Lambsdorff bitter erfahren müssen. Er hat den japanischen Krieg nicht gewollt, aber die Herrschaften, welche in Paris ein Luberleben führten und die Millionen am Amur zu finden hofften. Die Großfürstenpartei, die Prachtexemplare, bei mit Pariser Kokotten jonglierten, während in Ostasien die Brigaden blateten und hungerten, sie redeten und hetzten den Zaren in die Politik hinein, unter welche dann Oyama und Togo den blutigen Schlußstrich machten. Aber sie wuschen nachher die Hände in Unschuld und wiesen auf Lambsdorff, der das ganze Unheil angerichtet. Als statt seiner Graf Witte nach Portsmouth ging, war sein Schicksal besiegelt. Aber noch ehe er seinen Abschied nahm, durfte er ein Pröbchen Bojarenlaune und Dank vom Hause Romanow erfahren. Die Fürsten Dolgoruki sind seit Alexander II. ja einer der Seitenflügel am Hause Romanow geworden, in denen für kaiserliche Schäferstunden Raum war. Ein Dolgoruki sollte Fürst von Bulgarien werden. Jedenfalls gehören sie zu den „russischen Leuten" des Hofes, die in Giers, Lambsdorff, Witte nur so etwas wie Kammerjuden und Hofschweizer sahen, denen man Geld, Orden und Titel, aber auch einen Fußtritt gibt, wenn sie ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit getan. In Dolgorukis edler Seele entbrannte also der Zorn besonders heftig über den Sünder Lambsdorff, der die japanische Suppe eingebrockt habe, die nun den Herren Großfürsten und dem Vizekönig Alexejew, diesem Unbegreiflichsten aller Mächtigen von Unterrocks Gnaden, so übel bekam. Also ging Fürst Dolgoruki, der Patriot, hin auf den Nevski Prospekt und insultierte den Sünder Lambsdorff mit der Bojarenjaust. Das war das Siegel unter das Dankschreiben für geleistete Dienste.

Graf Lambsdorff ging. In San Remo, wo er als ein politisch toter Mann seit Jahresfrist lebte, hat ihn der Allerbarmer Tod von schweren Leiden erlöst, auch vom grollenden Gedenken an den Dank, den die Völker für ihre Staatsmänner nur zu oft haben.

Die preussische Polendebatte.

Die gleichzeitige Tagung des Reichstages und des preußischen Landtages bringt es von selbst mit sich, daß das Interesse auch für wichtige Fragen des Landtages meist vor dem, was im deutschen Parlament verhandelt wird, zurücktritt. Zwar hat das nicht gehindert, daß eine so bedeutsame Angelegenheit wie der Vorstoß gegen die geistliche Schulaufsicht alsbald für ganz Deutschland von Interesse wurde, aber in den Hintergrund ist gedrängt worden, was die Debatte im preußischen Abgeordnetenhause über den deutsch-polnischen Schulkampf brachte. Und doch ist dies wichtig genug, um noch nachträglich behandelt zu werden. Hat diese zweitägige Debatte doch an erster Stelle das bedeutsame Ergebnis gehabt, daß der zwischen der Zentrumspartei und ihrer eigenen Presse bestehende latente Gegensatz in der Beurteilung des polnischen Schulstreiks offen zutage trat.

Schon in der Budgetkommission hatte der Zentrumsabgeordnete Dr. Dittrich die Erklärung abgegeben, daß die katholische Kirche keineswegs die Erteilung des Religionsunterrichts in der Muttersprache fordere, sondern nur verlange, daß der Unterricht in einer den Kindern verständlichen Sprache gegeben werde. Die Zentrumsblätter, die bisher den Polen in der Frage des Schulstreiks durchweg die Stange gehalten hatten, wußten nichts Besseres zu tun, als von dieser bemerkenswerten Tatsache keine Notiz zu nehmen. Nun hat aber der Abg. Dr. Dittrich in der Debatte des Abgeordnetenhauses sich in demselben Sinne ausgesprochen, und sein Parteigenosse Graf Praschma die Aeußerungen über diesen Punkt noch dahin ergänzt, daß auch Papst Pius X. den Schulstreik durchaus nicht billige. So kam es denn, daß die Polen in der Frage des Schulstreiks nicht nur von allen nationalen Parteien, sondern auch vom Zentrum selbst völlig verlassen waren. So sehr das Zentrum auch den Wunsch hatte, daß die Regierung in der Sprachenfrage des Religionsunterrichts nach einem Einvernehmen mit den kirchlichen Instanzen streben möge, konnte es sich doch der Erkenntnis nicht verschließen, daß das frivole Treiben der Polen mit dem Schulstreik nur sittlich verwildernd und verwüstend nach allen Seiten wirken könne.

An zweiter Stelle muß hervorgehoben werden, daß die Polendebatte die von den polnischen Abgeordneten und der Zentrumspresse seit Jahren verbreitete Legende zerstört hat, das Konzil von Trient habe die Erteilung des Religionsunterrichts in der Muttersprache als unabänderlichen Grundsatz der katholischen Kirche proklamiert. Der Abg. von Jazdzewski hatte diese Behauptung schon vor fünf Jahren in der Debatte über den Schulaufruhr von Wreschen in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 13. Januar 1902 aufgestellt. Das Bezeichnende aber ist, daß damals weder im Abgeordnetenhause noch in der Zentrumspresse darauf im geringsten reagiert wurde. Dagegen begann die polnische Geistlichkeit gleich beim Beginn des Schulstreiks im vorigen Jahre alsbald mit dieser Behauptung aufs eifrigste zu operieren, und der Erzbischof v. Stablewski nahm sie sogar in seinen Hirtenbrief vom Oktober v. J. auf, der bekanntlich den Schulstreik erst zum vollen Ausbruch brachte. Auch in den ultramontanen Blättern wurde seitdem in der Bekämpfung des deutschen Religionsunterrichts der Hauptnachdruck auf die angebliche Verordnung des Konzils von Trient gelegt. Und richtig kam auch der Abg. v. Jazdzewski am 15. d. Mts. wieder auf seine alte Behauptung zurück. Der Kultusminister war aber diesmal vorbereitet und hatte eine Untersuchung der Frage von unterrichteter Seite vornehmen lassen. Er erwiderte daher dem Abg. v. Jazdzewski: „Diese Vorschrift (des Konzils von Trient) bezieht sich aber überhaupt nicht auf den Religionsunterricht, sondern auf die Unterweisung in kirchlichen Dingen. Volksschulen in unserem Sinne bestanden damals überhaupt nicht, und die lingua vulgaris (Volkssprache) wird dort nur im Gegensatz zur lateinischen Sprache vorgeschrieben, wenn die lateinische Sprache nicht verstanden wird, bedeutet aber nicht Muttersprache. In den Volksschulen in Posen ist nun ausdrücklich der Religionsunterricht zunächst in der polnischen Sprache und erst dann in der deutschen Sprache vorgesehen, wenn die Kinder das nötige Verständnis dafür haben. Hiermit ist der angebliche Grundsatz der katholischen Kirche durchaus beachtet." Das entspricht auch völlig den Forderungen des Zentrums, die in der Debatte gestellt wurden, und man kann gespannt sein, wie sich die Presse der Partei zu diesem Ausgang der Verhandlungen stellen wird. Bis dahin hat sie dafür noch keine Worte gefunden.

Die Arbeit des neuen Reichstages.

Der neue Reichstag hat vom 19. Februar bis zum 20. März 24 Plenarsitzungen abgehalten. Die praktische und gesetzgeberische Arbeit, die er in dieser Zeit geleistet hat, umfaßt folgendes Pensum:

Von den zehn Regierungsvorlagen, die dem Reichstage in dieser Zeit zugegangen waren, hat er folgende vollständig in allen drei Lesungen verabschiedet: 1) die beiden Kolonialnachtragsetats für 1906 (Besoldungen (29 Millionen) und Eisenbahn Kubub-Keetmanshoop (1. Rate 8 900 000 ℳ)), 2) den Entwurf betreffend den Hinterbliebenenversicherungsfonds, 3) die Vorlage über die Berufs- und Betriebszählung im Juni d. J., 4) die Kontingentierungsvorlage für Brennereien, 5) den Vertrag über den Beitritt Luxemburgs zur norddeutschen Brausteuergemeinschaft, 6) das Etatsnotgesetz für April und Mai.

In erster Lesung wurden erledigt: der Etat für 1907, der Ergänzungsetat für 1907, die Marschbottichsteuernovelle. Noch gar nicht beraten wurde der Entwurf für den Gebührentarif des Kaiser Wilhelmkanals.

Von Interpellationen hat der Reichstag gerade ein Dutzend besprochen, zehn wurden von der Regierung beantwortet, bei zweien wurde die Beantwortung abgelehnt (Wahlbeeinflussungen und polnischer Schulstreik). Die Beratung dieser Interpellationen hatte allein 1½ Wochen in Anspruch genommen.

Von den 141 Initiativanträgen wurde keiner beraten, dagegen 7 schleunige Anträge auf Einstellung von Strafverfahren gegen Reichstagsabgeordnete erledigt.

Unerledigt geblieben sind, d. h. noch gar nicht beraten worden: vier Denkschriften: Tätigkeit der physikalisch-technischen Reichsanstalt, Beschäftigung von Gefangenen, Verlauf des südafrikanischen Aufstandes, Entwickelung der Schutzgebiete; ferner fünf Uebersichten, Berichte, Nachweisungen: Geschäftsübersicht des Reichsmilitärgerichts, Bericht der Tätigkeit der Zentralauskunftsstelle für Auswanderer, Berichte der Tätigkeit der Reichsbeamten für das Auswandererwesen, zwei Nachweisungen über die Gesamtrechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften. Zwei Verträge: Auslieferungsvertrag mit Tippelskirch, Pachtvertrag mit Lenz und Co. wegen der Togobahnen. Vier Bekanntmachungen über Bundesratsverordnungen. Fünfzehn Rechnungssachen, meist kolonialen Inhalts. Fünf Berichte der Wahlprüfungskommission über Wahlprüfungen.

Die Arbeit des Reichstages nach Ostern beschränkt sich zunächst auf Erledigung des Etats und des Ergänzungsetats (2. und 3. Lesung), Verabschiedung der Marschbottichsteuernovelle und des Gebührentarifs für den Kaiser Wilhelmkanal, sowie der Denkschriften, Uebersichten usw. Diese Arbeit kann der Reichstag, wenn er seiner Beredsamkeit etwas Zügel anlegt, gut bis Pfingsten erledigen. Die Regierung will ihm sogar noch den Entwurf über die Einschränkung der Majestätsbeleidigungsprozesse und den Entwurf über Verbreiterung des Kaiser Wilhelmkanals gleich nach Ostern vorlegen. Ob dagegen das Reichszivilbeamtengesetz, das der Bundesrat zurzeit erhalten hat, und der Versicherungsvertragsentwurf dem Reichstage noch in der ersten Session zugehen werden, ist zweifelhaft geworden. Die Regierung und auch der Reichstag wollen die erste Session nicht über Pfingsten ausdehnen. Von der Gestaltung des Gesetzentwurfes für 1907 wird es auch abhängen, ob die Regierung noch einen Ergänzungsetat für Beamtenbeihilfen in der Höhe, wie der Reichstag sie am 18. März gewünscht hat, dem Reichstag wird zugehen lassen können. Die vom Reichstage angenommene Resolution fordert eine Ausgabe von 20 Millionen Mark, ohne auf die Deckungsmittel hinzuweisen. Solche Deckungsmittel können nur neue Steuern sein, auch für die im Jahre 1908 beabsichtigte allgemeine Gehaltsaufbesserung der Beamten. Daß der Reichstag sich vor Pfingsten noch mit Steuerprojekten beschäftigen möchte, glauben wir kaum, zumal dadurch die Session verlängert wird, was in Anbetracht des frühen Beginns der 2. Session (Ende Oktober) nicht zu wünschen ist.

Vom spanischen Königshofe.

(Von unseren Londoner K.-Korrespondenten.)

Man wußte in England längst, daß die arme Ena von Battenberg — denn das ist die Königin Viktoria Eugenie für die Engländer durchaus geblieben — kein sehr vergnügtes Leben am spanischen Hofe führe. Selbst die bezahlten Lobredner in den englischen Gesellschaftsblättern sind in der letzten Zeit müde geworden, den fortgesetzten Honigmond der beiden „lover on the throne" zu schildern. Der König selbst ist ja in England niemals sehr populär gewesen. Das ist seinerzeit deutlich hervorgetreten, als bei dem Attentate am Hochzeitstage die junge Königin nicht von ihrem Gatten, sondern von zwei Engländern, Colonel und Captain Edmond, aus einem alten, dem Hofe nahestehenden Hause, in Sicherheit gebracht wurde. Das hat man in England dem stolzen Spanier übel genommen. In der letzten Zeit scheint sich aber die Lage der jungen englischen Prinzessin noch etwas weniger behaglich gestaltet zu haben, als selbst die Skeptiker daheim vor ihrer Abreise in Aussicht nahmen. Und zwar scheinen Umstände, welche eigentlich einem erhöhten Einfluß der „Engländerin" hätten den Weg ebnen sollen, gerade das Gegenteil bewirkt zu haben. Bekanntlich sieht die Fürstin in einiger Zeit einem freudigen Ereignis entgegen. Sie hat infolgedessen seit einigen Monaten mehr zurückgezogen gelebt. Und damit hat sie offenbar einen Teil ihres Einflusses auf Alfons XIII. selbst, wenigstens vorübergehend, eingebüßt. Der sehr lebensfrohe Fürst scheint auch sonst die gerade in solcher Zeit gebotene Rücksicht außer acht gelassen zu haben. Der König, der auch von seiner früheren Hoffnung, politischen Wandel in seinem Lande persönlich schaffen zu können, abgekommen ist, soll ferner glaubhaften Nachrichten zufolge, an Schwermutsanfällen leiden, die in jähem Wechsel mit seiner sonstigen Lebenslust aufgetreten sind. Offenbar ist ein Teil dieser Gemütsbeschwerden auf den neuerdings wieder stärkeren Einfluß der ultramontanen Beichtväter zu setzen. Die Königin selbst scheint sich nicht immer strikte an die Forderungen der strengen spanischen Etikette halten zu wollen, ja manchmal so lebhaften Anstoß durch ihre „Insularität" zu erregen, daß in Hofkreisen der Wunsch ausgesprochen worden ist, wenn es der „Engländerin" in Spanien nicht gefalle, so möge sie wieder nach ihrer Heimat zurückkehren. Gewiß kann die Geburt eines Thronerben die nicht sehr glänzenden Aussichten der Dynastie und der jungen Prinzessin verbessern. Aber auch die bloße Erwartung dieses Ereignisses hat zu lächerlich anmutenden, aber in Spanien doch keineswegs ganz harmlosen Intrigen Anlaß gegeben. Nach einer alten spanischen Hofsitte müssen bei der Entbindung zwei Grandes anwesend sein, welche Hofämter mit Ministerrang bekleiden. Die junge Fürstin wehrt sich begreiflicherweise gegen den alten Brauch, der ursprünglich den Zweck hatte, Kindesvertauschungen oder Vertauschungen zu verhindern. Das äußerste Zugeständnis, zu dem sich Ena herbeilassen will, geht dahin, daß die Herren im Vorzimmer warten sollen. Da die Königin letzthin nach schwerem Kampfe auch durchgesetzt hat, daß sie einen englischen Leibarzt in der Person des Dr. Glendinning vom Londoner Guys Hospital erhält, so kann man sich die intrigante Geschäftigkeit der Hofschranzen denken. Diese kleinen Hofskandale sind um so unangenehmer, als gleichzeitig die dynastischen Interessen durch einen recht großen Skandal bedroht werden, den Alfons XII. seinem Sohne als Legat hinterlassen hat. Der König hatte in dem letzten Jahre seines Lebens eine wahnsinnige Leidenschaft zu Helene Sanz, einer schönen Sängerin, gefaßt. Auf seinem Sterbebett bedachte er seinen Sohn aus dieser Liaison — oder Ehe, wie andererseits behauptet wird — mit einem reichlichen Legat. Es scheinen aber seitens der Treuhänder wiederholt Unregelmäßigkeiten vorgekommen zu sein; vor einigen Jahren wollte Sanz schon einmal klagen, und neuerdings scheint er trotz aller Anstrengungen der königlichen Familie, die Angelegenheit geheim zu halten, die Gerichte ernstlich in Anspruch nehmen und die ganze Affäre an die Oeffentlichkeit bringen zu wollen. Politische Momente spielen natürlich auch in den Handel hinein: der republikanische Senator Rouyds führt die Sache vor dem Madrider Gericht. Das Zusammentreffen König Eduards mit Alfons XIII. dürfte daher nicht bloß dem Vergnügen gewidmet sein.

Deutsches Reich.

Leipzig, 22. März.

• **Bundesrat.** In der gestrigen Sitzung des Bundesrates wurde den Ausschußberichten über die nachfolgenden Vorlagen zugestimmt: Vorlage über die Aenderung der Grenze des Brake r Freibezirks, ferner die Vorlage über die Aenderung der Ausführungsbestimmungen zur Bekämpfung der Cholera; Vorlage über Entwürfe von Desinfektionsanweisungen für gemeingefährliche Krankheiten.

• **Des Reichskanzlers Urlaub.** Der Reichskanzler wird seinen Osterurlaub am Sonnabend antreten. Wie schon mitgeteilt, wird Fürst Bülow sich mit seiner Gemahlin nach Rapallo an der Riviera di Levante begeben. Der Geheime Legationsrat v. Below, der den Kanzler gewöhnlich auf seinen Reisen begleitet, wird auch an dem Osterausflage teilnehmen. Fürst Bülows Aufenthalt in Rapallo ist auf zwölf Tage bemessen.

• **Die Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften usw. für 1905** sind dem Reichstage vorgelegt worden. Darnach umfaßten die 66 gewerblichen Berufsgenossenschaften durchschnittlich 8,1 Millionen versicherte Personen, die 48 land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften durchschnittlich 11,1 Millionen Versicherte. Von den Reichs-, Staats- und sonstigen Ausführungsbehörden wurden rund 857 000 durchschnittlich Versicherte nachgewiesen. Von den 114 Berufsgenossenschaften wurden in runden Summen gezahlt: als Entschädigungen 122 Millionen Mark, als Kosten der Fürsorge für Verletzte innerhalb der Wartezeit 700 000 ℳ, als Kosten der Unfalluntersuchungen und der Feststellung der Entschädigungen 4,3 Mill. Mk., als Kosten des Rechtsganges 1,7 Mill. Mk., als Kosten der Unfallverhütung 1,3 Mill. Mk., als laufende Verwaltungskosten 11,8 Mill. Mk., als sonstige Ausgaben 1,2 Mill. Mk., als Einlagen in den Reservefonds 18 Mill. Mk. Die Gesamtausgabe belief sich auf 162, die Gesamteinnahme auf 164,5 Mill. Mk. Die Gesamtsumme der gezahlten Entschädigungsbeträge (Renten usw.) stellte sich auf 135,4 Mill. Mk. gegen 126,6 Mill. Mk. im Jahre 1904 und gegen 1,9 Mill. Mk. im Jahre 1886. Die Zahl der Unfälle, für die im Jahre

SLUB
Wir führen Wissen.